

25. Internationale Wehrkundetagung in München

**Sicherheit nicht allein auf Abrüstung bauen, sagt der Kanzler /
Wörner fordert wie sein amerikanischer und sein französischer Kollege
Modernisierung der Kurzstrecken-Systeme zu „gegebener Zeit“**

Kohl: Für eine wirksame Abschreckung sind Atomwaffen derzeit unabdingbar

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

München, 7. Februar - Auf der 25. Internationalen Wehrkundetagung in München hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl entschieden gegen eine „dritte Null-Lösung“ bei den Nuklearraketen in Europa und gegen die Entnuklearisierung der NATO-Verteidigung ausgesprochen. Der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel hat dagegen den Abbau aller bodengestützten Atomwaffen gefordert - der Raketen kurzer Reichweite und der atomaren Gefechtsfeldwaffen. Als Teilschritt auf dem Weg zur Entnuklearisierung befürwortete Vogel die Schaffung kernwaffenfreier Zonen. Die Verteidigungsminister der USA und Frankreichs, Frank Carlucci und André Giraud, haben im Gegensatz zu Kohl die Notwendigkeit der raschen Modernisierung der verbleibenden Atompotentiale betont.

Die Wehrkundetagung, die jedes Jahr in München stattfindet, ist eine Art inoffizielle „Generalversammlung“ der NATO. Anwesend waren sieben westliche Verteidigungsminister, darunter auch Manfred Wörner, der Oberkommandierende der NATO, John T. Galvin, der Generalinspekteur der Bundeswehr, Dieter Wellershoff, sowie elf amerikanische Senatoren. Bundeskanzler Kohl nutzte dieses Forum, um nach monatelangen Diskussionen im Regierungslager die Prioritäten deutscher Sicherheits- und Abrüstungspolitik zu verdeutlichen.

„Auch die positivere Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses in den letzten Jahren“, erklärte der Kanzler, „darf den Westen nicht in der Illusion wiegen, seine Sicherheit künftig allein auf Rüstungskontrolle und Abrüstung bauen zu können.“ Das „Kernproblem der Sicherheit in Europa“ sei die „große Überlegenheit“ des Warschauer Paktes bei den konventionellen Streitkräften und die „dadurch gegebene Invasionsfähigkeit“. Daraus folge, daß „nukleare Waffen unter den derzeitigen Gegebenheiten für eine wirksame Abschreckung unabdingbar“ seien. Eine Denuklearisierung Europas, wie sie von Generalsekretär Gorbatschow propagiert wird, entspreche „nicht den sicherheitspolitischen Interessen des Bündnisses“.

Die Bundesregierung, so Kohl, sei überzeugt, daß eine wirksame Abschreckung ohne Nuklearsysteme auf dem zu verteidigenden Territorium nicht glaubwürdig sei. Andernfalls käme dies dem Konzept nuklearwaffenfreier Zonen gleich, das die Allianz und auch die Bundesregierung aus guten Gründen verwürfen. „Ich lehne deshalb eine dritte Null-Lösung im Bereich der Nuklearsysteme unter 500 Kilometer Reichweite ab.“ Damit erteilte Kohl den Forderungen des SPD-Vorsitzenden Vogel eine deutliche Absage, der seinerseits für den „Abbau der Nuklearsysteme kurzer Reichweiten sowie nuklearer Gefechtsfeldwaffen“ plädierte.

Weniger dezidiert waren die Einlassungen des Kanzlers in bezug auf das künftige Abrüstungskonzept der Allianz. Im Streit um die Rang- und Zeitfolge zwischen konventioneller, chemischer

und atomarer Abrüstung, bei dem auf der Wehrkundetagung eine gewisse Isolierung Bonn's erkennbar wurde, wollte sich Kohl nur insofern festlegen, als er forderte, „nicht erst nach Abschluß der Verhandlungen“ über chemische und konventionelle Waffen mit Verhandlungen über atomare Kurzstreckenwaffen zu beginnen. Während Vogel „gleichzeitige und ineinandergreifende Regelungen“ forderte, sprach Kohl von einem „flexiblen Verhandlungskonzept“, das dem Zusammenhang zwischen „Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts“ und „unserem Ziel der Reduzierung der nuklearen Systeme unter 500 Kilometer Reichweite auf gleiche Obergrenzen“ jederzeit Rechnung tragen müsse.

Zur Bündniskontroverse über die Modernisierung dieser Systeme nahm der Kanzler nur indirekt Stellung, indem er der „östlichen Seite“ vorwarf, „jede Neuplanung oder Modernisierung von Waffen auf westlicher Seite“ als gleich als „Aufrüstung“ und „Verstoß gegen das notwendige Neue Denken in den internationalen Beziehungen“ anzugreifen.

Wörner sagte, er könne die Sorgen in der Öffentlichkeit über eine Sonderbedrohung der Bundesrepublik als Stationierungsland für amerikanische Atomwaffen an der Nahtstelle zum Ostblock verstehen. Teilen könne er diese Sorgen aber nicht. Niemand denke daran, die Zahl der vorhandenen atomaren Kurzstreckenwaffen zu erhöhen, aber der weitere Verbleib der vorhandenen Waffen dieses Typs sei unverzichtbar. Sie müßten „wirksam gehalten und zu gegebener Zeit modernisiert werden. Für mich bleibt die Entscheidung von Montebello gültig.“

Um so deutlicher sprach sich der amerikanische Verteidigungsminister Frank Carlucci dafür aus, „das geplante Modernisierungsprogramm (für die Kurzstreckensysteme) durchzuführen und ihre Überlebensfähigkeit zu verbessern“. Diese Forderung ergebe sich aus der Montebello-Entscheidung der NATO von 1983. „Hoher Vorrang“ gelte dabei einem Nachfolger für die Lance-Rakete, der Entwicklung einer luftgestützten Abstandswaffe und der Modernisierung der nuklearen Artillerie.

Ähnliches forderte auch der französische Verteidigungsminister Giraud. Gerade um ein beson-

Quelle

Datum

deres Risiko für deutsches Territorium zu vermeiden, müsse es „rasch zu einer Reichweitenverlängerung der bestehenden Kurzstrecken-Systeme kommen“. Überdies dürften im Zeichen allgemeiner Abrüstung die in Europa stationierten Atomwaffen nur als letzte verschwinden. „Weder rein konventionelle Kräfte noch der alleinige Rückgriff auf die strategische Stufe der Abschreckung“, sagte Giraud, „können Europa gegen einen Angriff absichern.“

Frankreich, so Giraud, zähle dabei auf seine neuen weiterreichenden Waffen wie die *Hadès* und die Abstandswaffen *ASMP*, um in die „Tiefe des Raumes“ zu wirken und somit der „europäischen Dimension seiner Sicherheit“ gerecht zu werden. Obwohl die Entscheidung über den Einsatz französischer Atomwaffen nicht geteilt werden könne, seien diese ein „Sicherheitsfaktor für unsere Nachbarn und vor allem für die Bundesrepublik“. Trotzdem bleibe die amerikanische Militärpräsenz in Europa eine „absolute Notwendigkeit“. Giraud warnte die Europäer vor der „Gefahr“ aufeinanderfolgender sowjetischer Null-Optionen, welche „die amerikanische Nuklearpräsenz, ja sogar deren Militärpräsenz als solche, kompromittieren oder gar eliminieren könnten, eine Präsenz, die wir für total unverzichtbar halten.“

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sagte hingegen, er sei skeptisch, ob die Modernisierung der Kurzstreckenwaffen politisch durchsetzbar sei. Er sehe da große Schwierigkeiten und frage sich, ob das Vorhaben im Bundestag eine Mehrheit finden werde. Das psychologische Problem bestehe darin, daß man angesichts der in der Öffentlichkeit entstandenen, immer freundlicheren Vorstellungen über die Sowjetunion nach dem Feindbild frage.

Fast alle Sprecher der Verbündeten wehrten sich gegen die Vorstellung, wonach die Deutschen nach dem Abzug der atomaren Mittelstreckenwaffen einer „singulären“ Bedrohung ausgesetzt sein würden. Der niederländische Verteidigungsminister van Eekelen warnte vor „vagen Begriffen“ wie „Singularisierung“ und verwies auf die Entscheidung seiner Regierung, die Nuklearrolle ihrer *F-16*-Flugzeuge aufrechtzuerhalten, was auch Holland zum Ziel sowjetischer Schläge mache. Der britische Staatsminister der Verteidigung, Stewart, betonte die Rolle seines Landes als Träger eigener wie auch amerikanischer Atomwaffen. Der amerikanische Botschafter Richard Burt bezeichnete Begriffe wie „Singularisierung“ und „Zonen minderer Sicherheit“ als gefährlichen Mythos. Es sei falsch zu behaupten, daß die Sowjetunion Deutschland als einziges Atomwaffenziel betrachte. „Der Rest Westeuropas wird von den *SS-24* und *SS-25*-Raketen sowie von den *Backfire*- und *Fencer*-Bombern der Sowjetunion bedroht.“

In der Diskussion betonte Kanzler Kohl, daß es keinen Grund dafür gebe, „deutsches Mißtrauen in die NATO hineinzutragen“, auch wenn die unterschiedliche Geographie und die Teilung des Landes die Berücksichtigung deutscher Interessen erforderten. Indes müßten „die Freunde auch uns vertrauen“. Es werde kein deutsches „Abdrif-

ten aus der NATO“ geben, denn „Frieden und Freiheit“ können nur innerhalb der Allianz gewährleistet werden.

Vor den rund 180 Teilnehmern der Tagung verließ Verteidigungsminister Wörner dem Veranstalter Ewald von Kleist zum 25. Jubiläum das Große Bundesverdienstkreuz mit Sternen. In der Verleihungsansprache sagte der Minister: „Die Wehrkundetagung ist Ihr Werk.“ Außerdem würdigte Wörner ausdrücklich Kleists Rolle im Widerstand gegen Hitler. Kleist sei bereit gewesen, „den Diktator Hitler unter Einsatz seines Lebens zu beseitigen“ und habe damit das Klischee des deutschen Offiziers des Zweiten Weltkriegs widerlegt. (Siehe auch Leitartikel auf Seite 4 sowie Aktuelles Lexikon.)

2